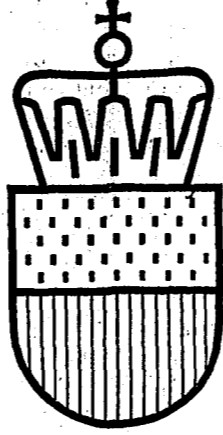


# Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 22.—; halbjährlich Fr. 11.50; vierteljährlich Fr. 6.—. Ausland jährlich Fr. 42.—; halbjährlich Fr. 22.—. Bestellungen nehmen die Postämter und die Verwaltung des Blattes entgegen. Verwaltung und Redaktion «Liechtensteiner Volksblatt», 9490 Vaduz, Altenbachstr. 99, Telefon (075) 2 19 37 / 2 24 12. Postcheckkonto 90-2988 St. Gallen. Druck: Buchdruckerei «Gutenberg», 9494 Schaan, Fürstentum Liechtenstein.



Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame  
Inland 12 Rp. 30 Rp.  
Schweiz 15 Rp. 35 Rp.  
Übriges Ausland 17 Rp. 40 Rp.  
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 2 19 37. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG, 9001 St. Gallen, Tel. (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

AZ — 9490 Vaduz, Donnerstag, 7. Juli 1966

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

100. Jahrgang — Nr. 99

## AHV-Neubau: Die Pflicht eine Lösung zu suchen

Eine Mitteilung des Verwaltungsrates der Alters- und Hinterlassenenversicherung für das Fürstentum Liechtenstein

Wie der Öffentlichkeit bereits aus Pressepublikationen bekannt sein dürfte, beschloss der Verwaltungsrat der AHV-IV-FAK die Erstellung eines eigenen Verwaltungsgebäudes auf einem Grundstück der AHV in Vaduz. Am 14. und 21. Mai 1966 wurde ein Projektwettbewerb ausgeschrieben, an welchem laut Wettbewerbsreglement Liechtensteiner aus dem In- und Ausland teilnahmeberechtigt sind.

Der Verwaltungsrat der AHV erachtet es in diesem Zusammenhang für zweckmässig, die Öffentlichkeit über die Notwendigkeit eines eigenen Verwaltungsgebäudes zu orientieren. Wie allgemein bekannt, war die AHV-Verwaltung nach Einführung der AHV in Parterräumen des Regierungsgebäudes untergebracht. Es war dies zum voraus ein Provisorium, denn schon nach kurzer Zeit musste die Verwaltung wegen Raummangel ins Rathaus in Vaduz verlegt werden. Inzwischen hat die Sozialversicherung, insbesondere auch durch die Einführung

der Familienausgleichskasse und der Invalidenversicherung neue Aufgaben erhalten, die administrativ nur durch eine entsprechende Vergrößerung des Personals bewältigt werden konnte. Wer die Entwicklung dieser Sozialinstitution in den Jahresberichten verfolgt hat, dem kann nicht entgangen sein, wie umfangreich und vielfältig die Aufgaben der Verwaltung geworden sind. Unter Berücksichtigung der Entwicklung der AHV-IV-FAK in der Zukunft und im Hinblick darauf, dass die Verwaltung in ihren jetzigen Räumlichkeiten offensichtlich eingengt und die Platzierung weiteren notwendigen Personals und der Maschinen unmöglich geworden ist, erachtete es der Verwaltungsrat als unumgänglich, ja es sogar als seine Pflicht, eine Lösung zu suchen und zu finden, um der Verwaltung für die nahe und fernere Zukunft die notwendigen Räumlichkeiten zu schaffen, damit der reibungslose Ablauf der Verwaltungsaufgaben gewährleistet werden kann. Eine definitive Lösung in Form

eines eigenen Verwaltungsgebäudes erwies sich als notwendig, weil nur so dem Erfordernis einer rationellen und betriebsberechtigten Planung des benötigten Raumes für Personal und Archive einerseits und einer späteren Erweiterung andererseits Rechnung getragen werden konnte. Wesentlich mitbestimmend bei diesen Überlegungen war für den Verwaltungsrat auch die Tatsache, dass mit dem Bau eines eigenen Verwaltungsobjektes zugleich eine Anlage für Fondsgelder geschaffen werden kann, nachdem für die Verwaltung einstweilen nicht benötigte Räume in diesem neuen Objekt vermietet werden sollen, ganz abgesehen von der Einsparung der relativ hohen Mieten, die für die Unterbringung der Verwaltung in Mietobjekten bezahlt werden müssten.

Im übrigen wird der Verwaltungsrat bedacht sein, ein Verwaltungsobjekt zu erstellen, bei dem in erster Linie die Zweckmässigkeit und nicht der repräsentative Charakter ausschlaggebend ist.

**Tribüne**  
DER FREIEN MEINUNG

Dank dem Bauamt...

«Prompt hat das fürstliche Bauamt auf die Klage eines St. Gallers wegen der Grünmassen im Binnenkanal reagiert und an einer Eschebrücke die entsprechenden Vorrichtungen installiert, damit das leidige Grünzeug, das oft tagelang den Binnenkanal belastet, aufgehoben wird. Ein Greifbagger befördert das Material aus der Esche an einen grossen Haufen, wo es der natürlichen Verrottung anheimfällt und nicht mehr via Rhein dem Bodensee zugeleitet wird. Mit der gleichen Methode sollte es auch möglich sein, die Räumung des Scheidgrabens durchzuführen. Alle Freunde sauberen Wassers wissen dem Bauamt Dank für seinen guten Willen».

MLS

Kommunismus gewaltsam gewonnenes Terrain garantieren und die Chancen für eine weitere Ausdehnung seines Systems offenhalten.

Sprecher für die deutsche Sache

In der Frage der europäischen Sicherheit waren die Auffassungen de Gaulles und der sowjetischen Regierung nicht auf einen Nennen zu bringen. Das gleiche gilt für die ungelöste deutsche Frage, die nach Meinung des französischen Staatspräsidenten eingeschlossen ist in das ungelöste europäische Problem. Nur im Rahmen eines Europas, dessen Spaltung überwunden ist, sei auch eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands möglich, sagte de Gaulle, und auch er kann sie sich nur nach den freiheitlichen Prinzipien des Westens vorstellen. Deshalb hat er mit eisiger Ablehnung alle Versuche seiner Gastgeber quittiert, ihm Zugeständnisse zugunsten ihres Satellitenregimes in der Sowjetzone Deutschlands zu entlocken. Nach wie vor hält de Gaulle am Grundsatz der Nichtanerkennung der Sowjetzone, am Alleinvertragsrecht der Bundesrepublik fest. Andererseits musste er erkennen, dass selbst seine Vorleistungen an die östliche Adresse keinerlei Entgegenkommen an das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen abfordern konnte. Der französische Staatspräsident hat zwei Bedingungen der Kommunisten — schon vor seiner Moskauer Reise — erfüllt: die de facto-Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze und die Abgabe an eine atomare Mitbestimmung der Bundesrepublik. Beides ist von Moskau nicht honoriert worden; ob er beides als Trümpfe in sein Spiel mit den osteuropäischen Nachbarstaaten Deutschlands einbringen kann, muss die Zukunft erweisen. Die Atmosphäre zwischen Ost und West hat sich durch den Besuch de Gaulles in Moskau sicherlich nicht gebessert; dem russischen Volk wird nicht mehr so ohne weiteres das Märchen vom kriegslüsterigen Westen erzählt werden können. Den Status quo in Europa konnte de Gaulle jedoch nicht unterlaufen, die Absicht der Sowjets, ihn aufrechtzuerhalten, nicht ändern.

Sein oft bewährter Realismus hat de Gaulle sicherlich davor bewahrt, sich derartige Ergebnisse zu erhoffen. Als Versuch, die Fronten aufzulockern, als erneuter Test für die unangiebige Haltung der Sowjets wird die Moskauer Reise ihre Bedeutung erhalten. Bonn ist jedenfalls seinem Partner dankbar dafür, dass er sich in Moskau zum Sprecher für die deutsche Sache gemacht hat, dass er die auch von der Bundesrepublik vertretene Auffassung unterstrich, dass ohne eine Lösung der deutschen Frage auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes auch des deutschen Volkes eine dauerhafte Friedensordnung in Europa nicht geschaffen werden kann. Der Bundeskanzler und Sprecher aller Parteien haben ihre Genußnahme über diese französisch-deutsche Übereinstimmung bekundet.

Als Zeichen der Lebensfähigkeit des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages wurde

## Politik: De Gaulle als Europäer in Moskau

De Gaulles Russlandreise und ihre Bedeutung für die weitere Entwicklung Europas — von Franz Herre

DK BONN. — Charles de Gaulle ist aus dem Kreml in das Elysée zurückgekehrt. Noch geraume Zeit werden sich die Politiker, Diplomaten und Kommentatoren mit den Ergebnissen der spektakulären Reise beschäftigen, ihre Folgen zu deuten versuchen. Fest steht schon jetzt, dass alle Hoffnungen der Sowjets und manche Befürchtungen, im Westen, der französische Staatspräsident werde Zugeständnisse an Moskau auf Kosten seiner Verbündeten machen, gegenstandslos geblieben sind.

De Gaulle hat sich als treues Mitglied der atlantischen Allianz erwiesen — auf diesen Nenner brachte die BBC (der englische Rundfunk) das Resultat der Reise aus westlicher Sicht. Dieser Satz mag auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinen, denn eben erst sind die französischen Truppen der integrierten NATO-Struktur entzogen worden. In Moskau lieferte de Gaulle jedoch den Beweis für sein im Osten wie im Westen nicht immer richtig eingeschätztes Wort, dass Frankreich zwar die NATO-Integration verlasse, nicht aber die at-

lantische. Zudem hat der französische Staatspräsident seine sowjetischen Gesprächspartner nicht im Zweifel darüber gelassen, dass die Vereinigten Staaten von Amerika nach wie vor die Rolle bei der Sicherung Westeuropas zu spielen hätten. Daran werden die NATO-Partner Frankreichs denken müssen, wenn sie nun nach praktischen Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit dem sicherlich eigenwilligen, aber grundsätzlich zum Zusammenwirken bereiten Bundesgenossen suchen werden.

Einer der wesentlichen Gründe de Gaulles, die NATO-Integration aufzukündigen, ist seine Auffassung, dass mit diesem «Instrument des kalten Krieges» — wie er es nennt — die Zweiteilung der Welt nicht überwunden wird, die Staaten des westlichen und des östlichen Europas nicht mit einer neuen Friedensordnung zusammenfinden könnten. In dieser Hinsicht ist er gewiss um einige Erfahrungen reicher aus Moskau zurückgekehrt. Moskau hat die von de Gaulle betriebene Lockerung des von Washington geführten westlichen Militärblocks nicht mehr mit einer Lockerung des von Moskau kommandierten Warschauer Paktes honoriert. Der Kreml will seine Oberherrschaft über Westeuropa nicht aufgeben, den kommunistischen Staaten in seinem Bereich keine allzu grosse Manövrierfähigkeit einräumen. De Gaulle ist zwar die Genußnahme widerfahren, dass künftig nicht nur die beiden Supermächte, sondern

auch Moskau und Paris mit einem «direkten Draht» verbunden sein werden. Doch die «Zweiteilung von Jalta», die er so energisch zu revidieren sucht, hat sich dadurch de facto nicht verändert. Wenn de Gaulle gehofft haben sollte, dass der Kreml auf seine Einwendung hin die Fesseln für Westeuropa lockern würde, so ist er enttäuscht worden. Vielleicht wird er seine Ost-Aktivität künftig mehr auf die osteuropäischen Satellitenstaaten konzentrieren, direkt die Eingekerkerten ansprechen, ohne sich der Beziehungen zum Kerkermeister selbst zu begeben.

In dieser Richtung zielte auch die Friedensnote der Bundesregierung. Wie Paris strebt sie eine europäische Friedensordnung an, die diesen Namen verdient und die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt. Das heisst, sie muss allen Bewohnern dieses Kontinentes gleiche Sicherheit gewähren, auf Gerechtigkeit beruhen; in ihr müssen Spannungsherde beseitigt, aggressive Tendenzen ausgeschaltet, militärische Drohungen aufgehoben und hinreichende Garantien gegen Angriffskriege gegeben sein. An Ort und Stelle konnte nun de Gaulle sehen, wie Moskau mit dem Begriff des «europäischen Sicherheitssystems» Falschmünzerei betreibt. Denn ein Sicherheitssystem à la Moskau soll den Sowjets die in Jalta erhaltene Herrschaft über Osteuropa sichern, sie im Genuss einer überdimensionalen Kriegsbeute belassen, dem

## Eine ungewöhnliche Ausstellung in Bregenz

Das Vorarlberger Landesmuseum zu Bregenz beherbergt gegenwärtig eine bis Anfangs Oktober währende Schau des Oesterreichischen Bundesdenkmalamtes, die nicht etwa in Wien, sondern an der westlichen Bundesgrenze überhaupt erstmals gezeigt wird. Die ungewöhnliche Maßnahme war veranlaßt durch die Mitte Juni dieses Jahres abgehaltene Oesterreichische Tagung für Denkmalpflege, die sich gleichzeitig einer ausnehmend starken internationalen Beteiligung erfreute. Zudem erachteten es die verantwortlichen Instanzen des Bundesdenkmalamtes als geboten, endlich einmal den Kreis ihres mehr im Stillen vollzogenen Wirkens zu sprengen und der weiten Öffentlichkeit einen Begriff von der vielseitigen, höchst intensiven Tätigkeit zu vermitteln, geht es doch dabei nicht ausschliesslich um geisteswissenschaftliche Bereiche, sondern auch in immer vermehrtem Maße um ein Zusammenwirken mit Jüngern der technischen Wissenschaften. Gerade dieses Team-Work ermöglichte während den letzten Jahrzehnten in Oesterreich so gut wie in manchen andern Ländern vornehmlich bei größeren baulichen Restaurationen und Sicherungen, aber auch der Rückgewinnung ursprünglicher Farben- und verschiedensten Gegenständen Ergebnisse, die schlechthin bewundernswert sind.

Der Aufbau der Ausstellung, die sich über das große Treppenhaus des Museums und dessen neu-erbautes oberstes Stockwerk recht übersichtlich verteilt, wurde von Beamten des Bundesdenkmalamtes

geschaffen, wobei Museumsdirektor Dr. Elmar Vonbank ebenfalls ein gewichtiges Wort mitsprach, hat er doch gerade dank seinen archäologisch bedeutsamen Untersuchungen innerhalb von Vorarlberg — in der Schweiz ist seine Forschertätigkeit bereits durch die mustergültige Ausgrabung des spätrömischen Kastells zu Arbon hinlänglich bekannt — wesentliche Zeugen, so aus früh- und späthronzeitlichen Siedlungen von Koblach und Sattens, vor allem aber aus der frühmittelalterlichen Klosterkirche Mehrerau, in den Rahmen der gesamtösterreichischen Schauausstellung eingebaut.

Unter dem Titel «Oesterreichische Kunst, Forschung und Erhaltung» schuf das Bundesdenkmalamt einen instruktiven Führer durch die Ausstellung, der die Materialfülle durch Anordnung nach verschiedenen Aufgabenkreisen meistert; er berücksichtigt zudem den Arbeitsbereich des Instituts für österreichische Kunstforschung, orientiert ferner über Entwicklung der heutigen Vermessungsmethoden und bietet in einem letzten Abschnitt anhand interessanter Akten und Personenphotos einen konzisen literarischen Querschnitt durch die kulturell bedeutsame Institution: Alles in allem ein verlässlicher Führer durch die Schau und dank zahlreichen Literaturangaben auch späterhin ein brauchbarer Wegweiser zu erlesenen Kunstdenkmälern des gesamten österreichischen Kulturzyklus. Daß auch einige charakteristische Bildproben mitfolgen, versteht sich sozusagen von selbst.

Sch. B.

### Das Geburtenregelungsproblem

Fernsehinterview mit Pater de Riedmatten

Rom (Kipa) Der Generalsekretär der Kommission zum Studium der Probleme der Bevölkerung, der Familie und der Geburten, Pater Henri de Riedmatten, OP, Freiburg/Genf, hat in einem Interview mit dem italienischen Fernsehen über die Arbeiten dieser Kommission berichtet. Er unterstrich nachdrücklich, daß die Kommission die ihr gestellten Fragen unter all ihren Aspekten sehr sorgfältig geprüft habe. Im Mittelpunkt der Entscheidung des Papstes, sagte er, werde sicherlich das Prinzip der verantwortlichen Elternschaft stehen.

Auf die Bemerkung des Interviewers, viele erwarteten sich von der Kirche in Sachen Geburtenregelung aufsehenerregende Konzessionen, antwortete de Riedmatten wörtlich: «Jeder Christ, der etwas vom Lehramt erwartet, weiß sehr wohl, daß das Lehramt klug sein wird. Sehen Sie, hier geht es um Dinge, die zu eng mit der menschlichen Natur, mit der menschlichen Liebe, ja mit der Zukunft der Menschheit verbunden sind, als daß man sie der Sensation überlassen könnte. Unter diesem Gesichtspunkt bin ich Ihnen dankbar, daß sie mir Gelegenheit geben, in aller Einfachheit folgendes sagen zu können: Etwas Sensationelles? Nein! Etwas, was zutiefst überlegt ist, etwas, über das man grundlegend nachgedacht hat? Ja! Wenn sensationell heißen soll: Etwas, was man sich nicht erwartet hat, weil man vielleicht über das Problem nicht genügend nachgedacht hat, dann würde ich sagen: Die Antwort des Hl. Vaters wird sensationell sein. Wer jedoch glauben sollte, ein solches Problem könne eine oberflächliche Antwort erlauben, dem glaube ich sagen zu können, daß er a priori enttäuscht werden wird.»